

»Das ist Aktionismus«



Henning Wilts, 40, Experte für Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, über den Vorschlag, Plastik zu besteuern

SPIEGEL: Grünen-Chef Robert Habeck hat sich der Forderung von EU-Kommissar Günther Oettinger angeschlossen und will eine Plastiksteuer für Wegwerfprodukte. Was halten Sie davon?

Wilts: Wer definiert, was ein Wegwerfprodukt ist? Meine Sorge ist, dass die Politik jedes Jahr ein neues Einzelprodukt besteuert – nach Tüten dann Strohhalme oder Q-Tips. Das ist Aktionismus und löst nicht das Gesamtproblem.

SPIEGEL: Die EU will der Kunststoffflut mit höheren Recyclingquoten begegnen – von 2005 bis 2015 ist allein in Deutschland der Plastikverpackungsabfall um 29 Prozent angewachsen. Ist das die richtige Strategie?

Wilts: Um das Abfallaufkommen zu senken, hilft Recycling nicht, im Gegenteil. Das Recycling soll laut EU-Kommission Kunststoff ja sogar verbilligen. Dann könnten wir noch mehr verbrauchen.

SPIEGEL: Die EU will sogar, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen wiederverwertbar sind. Heute wird weniger als ein Drittel dieses Mülls überhaupt für ein Recycling gesammelt. Ist das EU-Ziel realistisch?

Wilts: Das mag bis 2030 technisch machbar sein, Sinn ergibt es aus Umweltsicht nicht. Nicht immer ist Verbrennung schlechter als Recycling, etwa bei leichten Folien. Damit Plastik wiederverwertbar ist, sollte es möglichst dick und damit schwer sein. Das verschlechtert aber die Ökobilanz – beispielsweise wegen des CO₂-Ausstoßes beim Transport.

SPIEGEL: Wäre es besser, Plastik zu verbieten, statt es zu besteuern?

Wilts: Es gibt zwar absurde Trends wie einzeln verpackte Sushi. Doch beim Verbieten gerät man in die gleiche Aktionismusfalle wie beim Besteuern.

SPIEGEL: Welche Lösungen schlagen Sie vor?

Wilts: Die Nachfrage nach recyceltem Plastik erhöhen – etwa durch weniger Mehrwertsteuer auf Rezyklate oder Mindestquoten von wiederverwertetem Plastik in Elektrogeräten. Auch der Verbraucher kann viel tun, indem er unsinnige Verpackungen meidet. **AB**

Warnung vor »Gotham«

● Durch das umstrittene Analyseprogramm »Gotham« der US-Firma Palantir Technologies könnten sensible Polizeidaten abgeschöpft werden, fürchten Experten der hessischen Sicherheitsbehörden. Die Software sei auf Druck des Wiesbadener Innenministeriums ohne den geplanten vorherigen Testlauf beim Landeskriminalamt (LKA) angeschafft worden, heißt es in Polizeikreisen. Das Programm soll Daten aus mehreren Quellen wie dem Polizei-Fahndungssystem Polas mit Informationen aus sozialen Netzwerken oder Geodaten zusammenführen, um Profile zur Terrorbekämpfung zu gewinnen. Die Herstellerfirma wird wegen ihrer Nähe zu US-Geheimdiensten sowie Datenskandalen kritisiert (SPIEGEL 15/2018). Hessens Innenminister Peter

Beuth (CDU) soll den Kauf des Programms ohne Ausschreibung vorangetrieben haben – obwohl alternative Lösungen existieren. In Niedersachsen wird seit 2016 ein Analyseprogramm auf Basis einer freien Software (»Knime«) getestet. Bedenken aus dem hessischen LKA, dass der Gotham-Kauf die Vereinheitlichung der Polizei-Computersysteme der Bundesländer behindern könnte, habe das Ministerium abgeschmettert. Gotham wird beim Polizeipräsidium Frankfurt eingesetzt und soll im vergangenen Jahr 641 000 Euro gekostet haben. Das Programm werde von Palantir-Mitarbeitern gewartet, wodurch Daten unbemerkt an die US-Firma gelangen könnten, so IT-Experten der Polizei. Beuths Ministerium erklärt dazu, Vorbehalte aus der hessischen Polizei seien nicht bekannt. Die Analyseplattform werde »im gesicherten Polizei-Netzwerk betrieben«. **AUL, MAB**



Tabakladen im bayerischen Mittenwald

Grüne legen Gesetz für Tabakwerbeverbot vor

● Die Grünen-Bundestagsfraktion setzt die Große Koalition im Streit um ein Tabakwerbeverbot unter Druck. In ihrer Sitzung am Dienstag verständigten sich die Grünen auf einen eigenen Gesetzentwurf. »Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem großflächige Außenwerbung auf Plakaten oder Tabakwerbung im Kino immer noch erlaubt sind«, heißt es in dem Papier. Das Verbot soll von Juli 2020 an greifen. Die Grünen wollen ihren Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause im Bundestag ein-

bringen. Die Große Koalition gerät damit in Bedrängnis. In der vergangenen Legislaturperiode verschwand ein Gesetzentwurf des CSU-geführten Landwirtschaftsministeriums von der Tagesordnung des Parlaments, eine Festlegung auf einen neuen Anlauf ließ die Unions-Fraktionspitze im Februar aus dem Koalitionsvertrag streichen (SPIEGEL 7/2018) – zum Unmut von Teilen der Koalition. SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler (CSU) äußerten Widerspruch. »Jetzt muss die Koalition Farbe bekennen«, sagt Kirsten Kappert-Gonthier, drogenpolitische Sprecherin der Grünen. Auf Kinder und Jugendliche habe Tabakwerbung »großen Einfluss«. **cos**